

27.12.2016

Niederschrift über die Senatssitzung

(IV.1)

Frau Senatorin Dr. Stapelfeldt trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2016/3710,
betreffend

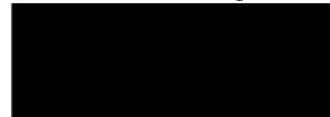
Neubau der U-Bahn-Haltestelle Oldenfelde,

vor.

Der Senat beschließt die vorgelegte Mitteilung an die Bürgerschaft.

Gr. Verteiler

Für die Richtigkeit



702.29-01-2016

775.03-03



Berichterstattung:
Senator Horch
Staatsrat Rieckhof

Vorblatt
zur Senatsdrucksache
Nr. 2016/03710
vom: 21.12.2016
für den Senat
am: 27.12.2016
IV.

Neubau der U-Bahn-Haltestelle Oldenfelde

A. Zielsetzung

Verbesserung des Angebotes im öffentlichen Personennahverkehr im Bereich Busbrookhöhe / Am Knill im Rahlstedter Ortsteil Oldenfelde

B. Lösung

Realisierung einer U-Bahn-Haltestelle Oldenfelde

C. Auswirkungen auf den Haushalt

1. Die Finanzierung der beabsichtigten Zuwendung in Höhe von 19,49 Mio. € an die Hamburger Hochbahn AG soll aus Regionalisierungsmitteln (Zuweisungen des Bundes gem. § 5 Regionalisierungsgesetz) und ggf. aus Fördermitteln aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) erfolgen. Die Finanzierung erfolgt aus dem zentralen Programm des Amtes für Verkehr und Straßenwesen 269.04 im Aufgabenbereich 269.
2. Folgekosten: Kosten für Instandhaltung und Betrieb der Haltestelle werden aufgrund des Verkehrswegevertrages durch die HOCHBAHN getragen. Soweit Aufwendungen höher als Einnahmen ausfallen und damit das Unternehmensergebnis belasten sollten, sind diese im Rahmen des Ergebnisausgleichs nach dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag von der HGV zu übernehmen und über deren Verlustausgleich von Hamburg zu tragen; dieser Aufwand belastet entsprechend das Eigenkapital.

D. Vermögenslage

Durch den Einsatz von Regionalisierungsmitteln für die beabsichtigte Zuwendung in Höhe von 19,49 Mio. € ergeben sich keine Auswirkungen auf die Vermögenslage der FHH.

E. Sonstige finanzielle Auswirkungen

Keine.

F. Auswirkungen auf

- Familienpolitik
- Klimaschutz

Mit der Inbetriebnahme der U-Bahn-Haltestelle Oldenfelde soll durch die Erschließung mit öffentlichen Verkehrsmitteln eine Entlastung von Hamburgs Straßen und damit eine Reduktion von verkehrsbedingten Schadstoffemissionen erreicht werden.

- Bürokratieabbau
- Inklusion
- Gleichstellung

Die Berufstätigkeit von Frauen wird durch den Ausbau des ÖPNV erleichtert.

G. Alternativen

Keine Realisierung der ÖPNV-Infrastrukturmaßnahme. Dies widerspräche jedoch verkehrspolitischen Entwicklungszielen zum U-Bahn-Ausbau; Qualitätsverbesserungen im ÖPNV für Oldenfelde und Teile von Farmsen-Berne könnten nicht erreicht werden.

H. Anlagen

Mitteilung an die Bürgerschaft.